

IG Metall startet Antifa-Woche in Wolfsburg

Auftakt mit Kranzniederlegung am **Zwangsarbeitermahnmal**

VON CHANTAL GILBRICH

Wolfsburg. Gegen das Vergessen: Die Kranzniederlegung am Zwangsarbeitermahnmal auf dem Sara-Frenkel-Platz läutete den Beginn der zwanzigsten Auflage der Antifa-Woche ein. Ziel der Veranstaltungsreihe auf die Verbrechen der NS-Diktatur zu erinnern und einen Bezug zu den gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen herzustellen.

Auf diese Weise würden die Beteiligten die demokratischen Grundwerte an die kommenden Generationen weitergeben. „Diese Aufgabe ist gerade heute wichtiger denn je. Kriege, wirtschaftliche Unsicherheiten, ein globaler, erstarrender Rechtspopulismus: Inmitten dieser gesellschaftlichen Unruhen ist es an uns, eine klare Haltung für Demokratie, Toleranz und Solidarität einzunehmen“, betonte Flávio Benites, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Wolfsburg.

Der Vorsitzende erinnerte an den Schicksalstag des 9. November, an dem 1938 nicht nur die Reichspogromnacht, sondern vor genau 35 Jahren auch der Fall der Mauer stattfand. Letzteres Ereignis stehe symbolisch für Befreiung, Demokratie, Optimismus und Zusammenhalt der Gesellschaft. „Solche Impulse brau-



Beginn der Antifa-Woche der IG Metall Wolfsburg mit einer Kranzniederlegung auf dem Sara-Frenkel-Platz. FOTO: BRITTA SCHULZE

chen wir wieder“, betonte Benites, „Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik und Friedensbewegung, aber keinen dritten Weltkrieg.“

Ihm sei es wichtig, dass die Themen „Krieg und Migration“ wieder in den Mittelpunkt der medialen und politischen Tagesordnung rücken, statt in Vergessenheit zu geraten. Mut, Engagement und Zivilcourage seien die wesentlichen Werte innerhalb der Gesellschaft. „Dafür lohnt es sich, jeden Tag aufzustehen und zu kämpfen“, ermutigte er.

Dem schloss sich auch Ilker Sahin, Vertrauenskörperleitung bei VW, an. „Wir müssen Brücken bauen, statt Mauern zu errichten“, betonte Sahin. Dies könne bei-

spielsweise durch Bildung, Dialog oder aktives Engagement geschehen. „Seid wachsam, schaut hin und steht auf, wenn über Andersdenkende gehetzt wird. Das Leid von damals darf sich nicht wiederholen“, unterstrich er.

Dafür sei Solidarität in Form einer gegenseitigen Unterstützung - unabhängig von Religion oder Weltanschauung eines Menschen - wesentlich. Jede und jeder Einzelne müsse die Vielfalt feiern und für ein sicheres und respektvolles Leben eintreten.

Ceren Karaer, Mitglied der Jugend- und Auszubildendenvertretung von VW, machte darauf aufmerksam, dass sich gerade in Zeiten eines politischen Vakuums viele Menschen einfacher Worte

bedienen und den Weg des Faschismus gehen würden. „Doch für die Zukunft ist es wichtig, nicht den einfachen, sondern den richtigen Weg der Menschlichkeit und Solidarität zu bestreiten“, sagte sie entschlossen. Die Antifa-Woche soll darauf aufmerksam machen, wie wichtig es sei, gegen Ausgrenzung Stellung zu beziehen und für Werte, wie Frieden, Freiheit und Demokratie, einzustehen.

Dafür steht stellvertretend das Leben von Sara Frenkel, die als jüdische Polin und ehemalige Zwangsarbeiterin den Holocaust überlebte. Am 28. November wird sie bereits 102 Jahre alt und konnte daher altersbedingt nicht an der Veranstaltung teilnehmen. Doch Dieter Landenberger, Leiter der Heritage-Abteilung bei VW, überbrachte stellvertretend ihre Grußworte. Ihre Botschaft richtete sich vor allem an junge Menschen: „Niemand darf einem das Lebensrecht versagen. Die Zukunft liegt in den Händen der Jugend. Ich vertraue auf Euch“, gab Landenberger ihre Worte wieder. Ihr ganzes Leben lang habe sie nicht nur in der Angst gelebt, dass die Geschichte und auch ihr eigenes Schicksal in Vergessenheit gerate, sondern vor allem auch, dass sich die Geschehnisse wiederholen könnten.

Unter den derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Ver-

hältnissen erscheint diese Sorge nicht ganz unberechtigt, wie auch Oberbürgermeister Dennis Weilmann unterstrich. „Seit 2,5 Jahren leben wir in unsicheren Zeiten, in denen viele Menschen für vermeintlich einfache Antworten empfänglich sind“, sagt der Oberbürgermeister. Er bezog sich auf den Ukraine-Krieg, den Konflikt im Nahen Osten, die unberechenbaren Präsidenten Putin und Trump sowie die unklaren Verhältnisse der Bundesregierung und auch der Zukunft von Volkswagen.

Dass die Reichspogromnacht ins Jahr der Gründung der Stadt Wolfsburg falle, stelle zugleich eine Verpflichtung dar, gegen das Vergessen anzukämpfen. Daher appelliert der Bürgermeister an das Engagement jeder und jedes Einzelnen. „Es ist wichtiger denn je, in Wolfsburg geschlossen für die Demokratie und die etablierten Parteien zusammenzustehen“, betont Weilmann. „Denn in unserer Stadt ist kein Platz für Hass, Hetze, Rechtsradikalismus und Nazis.“

Die Redebeiträge wurden durch die musikalische Begleitung des Chors „Gegenwind“ abgewechselt. Den Abschluss der Veranstaltungsreihe bildet eine Kranzniederlegung am Denkmal für die Kinder aus der „Ausländerkinder-Pflegestätte“ auf dem Velpker Friedhof am Freitag, 15. November, ab 15.45 Uhr.

Umbenennung: PUG will Bürgerumfrage in Mitte-West

Die Namensänderung des Ortsratsbereichs in „Waldstadt“ ist umstritten

VON CHRISTIAN OPEL

Wolfsburg. Der Entschluss im Ortsrat über die Umbenennung von Mitte-West in „Waldstadt“ ist gefallen, doch es gibt weiter Gegenwind für das Vorhaben: Die Parteipolitisch Unabhängige Gemeinschaft (PUG) fordert jetzt eine repräsentative Bürgerbefragung. Der Ortsrat Mitte-West hatte die Namensänderung Ende September mit zehn Stimmen von SPD, CDU und Grünen in einer Sondersitzung mehrheitlich beschlossen. Fünf Gegenstimmen gab es von Mitgliedern der PUG sowie von Volt, FDP und Grünen. Die Gegner hatten die Kosten und vor allem die mangelnde Bürgerbeteiligung bei dem Verfahren kritisiert: „Das ist ein No-Go“, hatte Adam Ciemniak damals gesagt, Fraktionssprecher der PUG Mitte-West.

Das greifen die Unabhängigen nun in ihrem Antrag auf: „Zielrichtung ist, ob eine Namensänderung überhaupt seitens der Bürgerschaft gewünscht ist und wenn ja, welche Vorschläge die Bürgerschaft hierzu hat“, heißt es in dem Papier. Die PUG verweist auf das niedersächsische Kommunalver-

fassungsgesetz, demzufolge bei Angelegenheiten, deren Bedeutung über den Stadtbezirk nicht hinausgeht, eine Befragung der dort lebenden Bürger beschlossen werden kann. Dies sei bei der geplanten Namensänderung der Fall.

„Die Leute rufen bei mir an und fragen, ob wir nicht andere Dinge zu tun haben als eine Umbenennung“, sagte PUG-Ortsratsmitglied Velten Huhnholz. „Weil sich der Widerstand in der Bevölkerung mehr, haben wir den Antrag eingereicht.“ Zeit für eine Befragung bleibt nach Ansicht der Unabhängigen genug, denn die für eine Namensänderung erforderliche Änderung der Hauptsatzung müsse mit einer Zweidrittelmehrheit des Rats beschlossen werden. „Änderungen und damit Neufassungen sind in der Regel nur zu Beginn oder zum Ende einer Periode möglich. Eine Vorlage der Verwaltung ist somit erst zum letzten Quartal 2025 zu erwarten“, heißt es in dem Antrag der PUG.

Mitte-West-Ortsbürgermeister Sabah Enversen (SPD) reagierte verdutzt auf den Antrag: „Man muss sich im Klaren sein, dass das Geld kostet. Und das ist genau das, was die PUG gerade kritisiert hat.“

Eine Bürgerbefragung könne aus dem Ortsratsbudget nicht finanziert werden. Zwar sei auch eine Bürgerbefragung nicht umsonst, räumt auch Huhnholz auf eine erneute Nachfrage ein, doch die Kosten dafür seien überschaubar. „Zumal bei einem Nein zur Umbenennung auch viel Arbeitsaufwand in der Verwaltung für die Umbenennung entfallen würde.“ Enversen bekräftigte hinsichtlich des PUG-Antrags: „Die Entscheidung im Ortsrat ist gefallen.“

In einem gemeinsamen Antrag hatten im September Enversen sowie dessen Stellvertreter die Umbenennung des Ortsrats Mitte-West in Waldstadt beantragt - wegen des gesundheitlichen Zustands des inzwischen verstorbenen Ortsbürgermeister-Vizes Wilfried Andacht (CDU) war dafür eine Sondersitzung einberufen worden. Die Befürworter erhoffen sich eine bessere Wahrnehmung des größten Ortsratsgebiets in der Stadt Wolfsburg sowie ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl. Die Gegner der Umbenennung kritisierten weniger den von der Agentur vorgeschlagenen Namen als das Verfahren ohne Bürgerbeteiligung und die Kosten: bisher rund 25.000



Blick entlang der Saarstraße: Der Ortsrat hat sich für die Umbenennung von Mitte-West ausgesprochen - die Gegner des Vorhabens fordern eine Bürgerbefragung. FOTO: BRITTA SCHULZE

Euro aus Ortsratsmitteln. Enversen betonte, dass der Prozess für die Erarbeitung einer eigenen Identität für den Ortsratsbereich vor zwei Jahren mit Zustimmung des Ortsrats eingeleitet worden sei. Die Namensänderung sei nur ein Schritt in der neuen Kommunikationsstrategie. Die Idee für die Umbenennung sei erst in einem Workshop von der Wolfsburg Wirtschaft und Marketing GmbH (WMG) vorgeschlagen worden, welche Enversen zufolge auch zur Vertraulichkeit während des Prozesses zur Namensfindung geraten hatte. Zum Ortsratsgebiet Mitte-West gehören die Stadtteile Eichelkamp, Hageberg, Hohenstein,

Klieversberg, Laagberg, Rabenberg und Wohltberg.

„Der Ausgangspunkt war, als Gremium zwischen Bürger und Rat besser wahrgenommen zu werden“, sagte Enversen. „Natürlich wollen wir jetzt die Bürger einbeziehen und erläutern, wie wir dazu gekommen sind“, fuhr der Ortsbürgermeister fort. In welcher Form das geschehen soll, werde der Ortsrat noch erarbeiten. „Es geht darum, dass wir mit den Bürgern über das Ortsratsgebiet ins Gespräch kommen“, sagte Enversen und nannte die zentrale Lage der Stadtteile mitten im Grünen sowie die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt als Beispiel.